



Niederschrift

63. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. April 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 9 der Tagesordnung: Jahresabschluss 2022:

a) Vorlage des Schlussberichts 2022 des Rechnungsprüfungsamts zur Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Karlsruhe und Erläuterung des Berichts durch den Leiter des Rechnungsprüfungsamts

b) Feststellung des Jahresabschlusses

Vorlage: 2024/0219

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Vorbemerkung Kenntnis und stimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - dem Feststellungsbeschluss zu:

Jahresabschluss der Stadt Karlsruhe für das Haushaltsjahr 2022

Der Jahresabschluss der Stadt Karlsruhe für das Haushaltsjahr 2022 wurde vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Karlsruhe geprüft, und hat hierüber einen Schlussbericht erstellt. Dieser gibt über Art, Umfang und Ergebnis der Prüfung Aufschluss.

Der Schlussbericht wurde in der heutigen Sitzung des Gemeinderats von dem Leiter des Rechnungsprüfungsamts näher erläutert. Entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamts wird der Jahresabschluss 2022 der Stadt Karlsruhe gem. § 95 b Abs. 1 GemO wie folgt festgestellt:

Feststellungsbeschluss

		EUR
1.	Ergebnisrechnung	
1.1	Summe der ordentlichen Erträge	1.703.408.459,96
1.2	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-1.676.182.622,14
1.3	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	27.225.837,82
1.4	Außerordentliche Erträge	4.482.446,28

1.5	Außerordentliche Aufwendungen	-40.939.813,40
1.6	Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	-36.457.367,12
1.7	Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6)	-9.231.529,30
2.	Finanzrechnung	
2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.632.461.160,98
2.2	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.512.930.197,82
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus 2.1 und 2.2)	119.530.963,16
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	12.878.790,75
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-223.499.043,41
2.6	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	-210.620.252,66
2.7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	-91.089.289,50
2.8	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	50.000.000,00
2.9	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-21.415.668,73
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	28.584.331,27
2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.7 und 2.10)	-62.504.958,23
2.12	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	-67.431.564,75
2.13	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln ⁽¹⁾	24.018.057,06
2.14	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Saldo aus 2.11 und 2.12) ⁽²⁾⁽³⁾	-129.936.522,98
2.15	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres ⁽⁴⁾ (Saldo aus 2.13 und 2.14)	-105.918.465,92
	⁽¹⁾ Als Anfangsbestand zum 1. Januar 2022 wurde der bilanzielle Bestand der liquiden Mittel (Bilanzposition 1.3.8) zum 31. Dezember 2021 (Bilanzposition 1.3.8) zu Grunde gelegt.	
	⁽²⁾ Die Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln basiert hier auf dem Saldo der Finanzrechnung.	
	⁽³⁾ Die sich aus der Finanzrechnung ergebende Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln entspricht nicht der bilanziellen Veränderung der liquiden Mittel; die Differenz ist im Anhang zur Finanzrechnung 4.4.2 erläutert. Diese Differenz (vergleiche Vorjahresabschluss) ist für den Unterschied zwischen dem Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres, welches dem Jahr des aktuellen Jahresabschlusses vorangeht und dem Anfangsbestand des Jahres des aktuellen Jahresabschlusses ursächlich.	
	⁽⁴⁾ Der Endbestand entspricht nicht dem bilanziellen Endbestand der Bilanzposition 1.3.8, da zu dem bilanziellen Anfangsbestand lediglich die Änderungen des Bestandes an Zahlungsmittel aus der Finanzrechnung addiert werden.	

3.	Bilanz	
3.1	Immaterielles Vermögen	2.001.856,22
3.2	Sachvermögen	2.731.052.533,02
3.3	Finanzvermögen	3.672.808.289,01
3.4	Abgrenzungsposten	384.973.418,05
3.5	Nettoposition	0,00
3.6	Gesamtbetrag auf der Aktivseite (Summe aus 3.1 bis 3.5)	6.790.836.096,30
3.7	Basiskapital	1.718.468.834,83
3.8	Rücklagen	620.136.705,07
3.9	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0,00
3.10	Sonderposten	383.774.744,06
3.11	Rückstellungen	289.151.966,60
3.12	Verbindlichkeiten	3.704.240.476,09
3.13	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	75.063.369,65
3.14	Gesamtbetrag auf der Passivseite (Summe aus 3.7 bis 3.13)	6.790.836.096,30

4. Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen

(§ 49 Abs. 3 Satz 4 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 25 bis 35 GemHVO)

Stufen der Ergebnisverwendung und des Haushaltsausgleichs	Ergebnis des Haushaltsjahres		vorgetragene Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses aus dem			Rücklagen aus Überschüssen des		Basis-kapital	
	Sonder-ergebnis	Ordentliches Ergebnis	Vorjahr	zweitvorange-gangenen Jahr	drittvorange-gangenen Jahr	ordentlichen Ergebnisses	Sonder-ergebnisses		
	EUR								
	1	2	3	4	5	6	7		8
1 Ergebnis des Haushaltsjahres bzw. Anfangsbestände	-36.457.367,12	27.225.837,82				581.667.243,73	1.120.016,62	1.753.806.185,33	
2 Abdeckung vorgetragener Fehlbeträge aus dem ordentlichen Ergebnis		0,00	0,00	0,00	0,00				
3 Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		-27.225.837,82				27.225.837,82			
4 Verrechnung eines Fehlbetragsanteils des ordentlichen Ergebnisses auf das Basiskapital nach Art. 13 Abs. 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts								0,00	
5 Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		0,00				0,00			
6 Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch einen Überschuss des Sonderergebnisses	0,00	0,00							
7 Zuführung eines Überschusses des Sonderergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00						0,00		
8 Ausgleich eines Fehlbetrags des Sonderergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	1.120.016,62						-1.120.016,62		
9 Ausgleich eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses		0,00					0,00		
10 Vorträge nicht gedeckter Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses des Haushaltsjahres sowie aus Vorjahren in das Folgejahr		0,00	0,00	0,00					
11 Verrechnung eines aus dem drittvorangegangenen Jahr vorgetragenen Fehlbetrags mit dem Basiskapital					0,00			0,00	
12 Verrechnung eines Fehlbetrags des Sonderergebnisses mit dem Basiskapital	35.337.350,50							-35.337.350,50	
13 vorläufige Endbestände						608.893.081,55	0,00	1.718.468.834,83	
14 Umbuchung aus den Ergebnisrücklagen in das Basiskapital nach § 23 Satz 3 GemHVO								0,00	
15 Endbestände						608.893.081,55	0,00	1.718.468.834,83	
15 Nachrichtlich: Veränderung des Basiskapitals auf Grund von Berichtigungen der Eröffnungsbilanz									
15 a Nachrichtlich: Veränderung des Basiskapitals auf Grund von Bilanzierungs- und Bewertungsmethodenwechsel									
15 b Nachrichtlich: Veränderung des Basiskapitals auf Grund von Vermögenszu- und abgängen außerhalb der Korrektur der Eröffnungsbilanz beispielsweise in Folge von Korrekturen von Vorjahresabschlüssen (über das Kapitalverrechnungskonto 20010001)									
16 Endbestände des Basiskapitals, der Ergebnisrücklagen und des Fehlbetragsvortrags			0,00	0,00		608.893.081,55	0,00	1.718.468.834,83	

Der vorstehende Feststellungsbeschluss ist gemäß § 95 b Abs. 2 GemO unverzüglich dem Regierungspräsidium Karlsruhe sowie der Prüfungsbehörde nach § 113 GemO mitzuteilen und ortsüblich bekanntzugeben. Gleichzeitig ist der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht an sieben Werktagen öffentlich auszulegen. In der Bekanntgabe ist auf die Auslegung hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung (43 JA)

Der Vorsitzende setzt um 17:15 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 9. April 2024:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, und ich freue mich jetzt, dass Herr Bettendorf uns noch mal kurz in die Thematik einführt.

Herr Bettendorf (Rechnungsprüfungsamt), vom Rednerpult, powerpoint-unterstützt: Die Stadtkämmerei hat den Jahresabschluss 2022 ca. drei Monate verspätet, am 29. September 2023 zur Prüfung vorgelegt. Ursächlich hierfür waren insbesondere die hohen Arbeitsbelastungen der verschiedenen Finanzverantwortlichen in den einzelnen Dienststellen. Die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt erfolgte mit Bericht vom 7. Februar 2024. Nachfolgend darf ich Ihnen die Ergebnisse dieser Prüfung vorstellen.

Während im Vorjahr ein Gesamtüberschuss von plus 3,9 Millionen erzielt wurde, war in 2022 ein Gesamtfehlbetrag von minus 9,2 Millionen zu verzeichnen. Dies setzt sich aus dem positiven ordentlichen Ergebnis von plus 27,2 Millionen und einem negativen Sonderergebnis von minus 36,5 Millionen zusammen. Die ordentlichen Erträge konnten gegenüber dem Vorjahr um 139 Millionen, insbesondere durch höhere Steuererträge, auf einen neuen Rekordwert in Höhe von 1,703 Milliarden gesteigert werden. Bei den ordentlichen Aufwendungen war mit einer Erhöhung um 148 Millionen bzw. 9,7 Prozent eine noch größere Steigerung zu verzeichnen. Für 2022 ist festzustellen, das Ziel, das das Haushaltsrecht vorgibt, dass die ordentlichen Aufwendungen komplett durch ordentliche Erträge gedeckt werden sollen, konnte erreicht werden.

Kommen wir zum Detailvergleich mit den Vorjahreswerten. Auf der Ertragsseite ist als wesentliche Veränderung ein Plus von 74 Millionen bei den Steuern und ähnlichen Abgaben festzustellen. Diese Erhöhung resultiert insbesondere aus den höheren Gewerbesteuererträgen. Daneben waren um 33,9 Millionen gestiegene Zuweisungen und Zuwendungen zu verzeichnen. Auf der Aufwandsseite haben sich die Transferaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 107,9 Millionen auf den Rekordwert von 863,7 Millionen erhöht. Nachfolgend haben wir die Entwicklung des ordentlichen Gesamtaufwandes seit 2013 grafisch dargestellt. In diesem Zeitraum sind die Aufwendungen um ca. 61 Prozent bzw. 634 Millionen gestiegen.

Hier noch ein grafischer Überblick über die gesamte Steuerentwicklung der letzten zehn Jahre. Insgesamt sind die Steuererträge gegenüber dem Vorjahreswert um ca. 73 Millionen bzw. 11,6 Prozent höher ausgefallen und haben mit 702 Millionen einen neuen

Höchstwert erreicht. Abzuführen war die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 31 Millionen, was letztendlich zu Steuerträgen netto von 671 Millionen geführt hat. Anzumerken ist, dass nach Abklingen der Corona-Pandemie im Jahr 2022 und auch im Folgejahr 2023 die Steuereinnahmen bei sämtlichen Kommunen sehr stark angestiegen sind. Wir haben also zwei sehr gute Steuerjahre.

Die aktuelle konjunkturelle Entwicklung könnte wiederum rückläufige Steuereinnahmen zur Folge haben. Auf die Ausführungen zur Finanzrechnung und zur Gesamtbetrachtung der Bilanz wird an dieser Stelle verzichtet und auf die Erläuterungen im Schlussbericht verwiesen.

Nachfolgend möchte ich auf die Entwicklung der Kreditaufnahmen des städtischen Haushaltes im investiven Bereich ohne Kassenkredite näher eingehen. Diese haben sich gegenüber dem Vorjahr um 28,6 Millionen auf 434,2 Millionen erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung je Einwohner beträgt in Karlsruhe 1.413 Euro. Im Vergleich der baden-württembergischen Stadtkreise hat Karlsruhe die zweithöchste Verschuldung je Einwohner. Es gibt ja bekanntermaßen neun Stadtkreise, und wir sind da auf Position 2 in diesem Verschuldungsranking, was den städtischen Haushalt angeht. Jetzt ist die Frage, wie wirkt sich denn das aus auf den Ergebnishaushalt bzw. Finanzhaushalt. Vor diesem Hintergrund haben wir eine entsprechende Übersicht erstellt, um Ihnen einmal aufzuzeigen, wenn wir tatsächlich die geplante Neuverschuldung in den Jahren bis 2028 vornehmen sollten, wie sich das Ganze entwickelt. Wir haben in 2022 eine Verschuldung in Höhe von 434 Millionen. Geplant ist laut Haushaltsplan und Finanzplanung eine Erhöhung bis zum Jahr 2028 auf 1,3 Milliarden. Wenn man jetzt die Skalierung sieht, 2022 100 Prozent, im Jahr 2028 haben wir dann eine Steigerung auf 316 Prozent, was die Verschuldung angeht. Der Zinsaufwand, den wir in 2022 bezahlt haben, war relativ niedrig mit 2,8 Millionen. Wir haben ja bekanntermaßen eine Niedrigzinsphase gehabt in der Vergangenheit, also außerordentlich geringe Verzinsung und deswegen einen Zinsaufwand im Jahr 2022 von 2,8 Millionen. Dieser Zinsaufwand wird sich bis 2028 auf ca. 20 Millionen steigern pro Jahr, wohlgemerkt laut der Prognose der Kämmerei. Hier auch wiederum Skalierung mit 100 Prozent, das heißt eine Steigerung auf 704 Prozent, also eine Versiebenfachung des Zinsaufwandes. Die Schulden verdreifachen sich. Man könnte jetzt den Gedanken haben, dass die Stadtkämmerei da etwas konservativ geschätzt hat. Das hat sie nicht. Sie hat da schon berücksichtigt, dass viele Experten erwarten, dass die Zinsen wieder leicht sinken werden und haben deswegen lediglich einen Zinssatz mit knapp unter 2 Prozent zugrunde gelegt, was ja auch nachvollziehbar ist. Der aktuelle Zinssatz, den man aufnehmen muss, wenn man langfristiges Darlehen aufnimmt, liegt bei 3 Prozent. Falls jetzt dieser Trend nicht eintreten sollte und dieser Zinsaufwand bei 3 Prozent bleibt, hätte man natürlich eine entsprechend höhere Verschuldung als diese prognostizierte 20 Millionen. Neben dem Zinsaufwand muss man auch sehen, dass man ja, wenn man höhere Schulden aufnimmt, auch mehr Tilgungsbeiträge leisten muss im Finanzhaushalt.

Also kurzum, wenn wir genau diesen geplanten Weg gehen, haben wir ab 2028 ca. 40 bis 50 Millionen weniger zur Verfügung im investiven Bereich. Es gibt auch den Ausspruch, ein Schuldenberg steht jeder künftigen Investition im Weg. Das wird natürlich genauso bei der Stadt Karlsruhe zutreffen, also 50 Millionen weniger, die man dann investiv nicht einsetzen kann. Aber das ist nur ein Teil der Auswirkungen. Das sind jetzt die Auswirkungen, was den städtischen Haushalt unmittelbar betrifft. Daneben haben wir ja auch verschiedene städtische Unternehmen, die auch eine Wechselwirkung entwickeln mit dem städtischen

Haushalt. Also auch hier haben wir entsprechende Verschuldung. Auch hier wird sich die höhere Verzinsung niederschlagen und dementsprechend halt dann perspektivisch vermutlich zu schlechteren Ergebnissen führen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich, wie bereits in den Vorjahren, Ihre Aufmerksamkeit auch auf die Gesamtverschuldung der Stadt einschließlich städtischer Unternehmen lenken. Bei der folgenden Übersicht kommt uns jetzt zugute, dass das Bundesamt für Statistik nach über fünfjähriger Pause erstmals wieder einen Quervergleich gemacht hat zwischen allen Stadtkreisen. In diesem Quervergleich sind wir in Baden-Württemberg, vorhin waren wir Nummer 2 im städtischen Haushalt, hier liegen wir einschließlich der Verschuldung der städtischen Unternehmer auf Platz 1, was das Verschuldungsranking angeht. Wir haben also die höchste Verschuldung mit 10.337 Euro pro Einwohner in Baden-Württemberg. Was mich noch viel mehr überrascht hat, das bundesweite Ergebnis. Es gibt insgesamt 102 Stadtkreise in Deutschland, und da liegen wir bereits auf Platz 7, was die Verschuldung angeht. Es gibt nur 6 Stadtkreise, die noch eine höhere Verschuldung haben als Karlsruhe. Das war auch für mich sehr überraschend. Jetzt kann man die Überlegung haben, wenn man entsprechend finanzstark ist, gute Ergebnisse erzielt im Haushalt und eine Wirtschaftskraft hat, dann kann man sich eine hohe Verschuldung leisten. Vor diesem Hintergrund haben wir einen Quervergleich gemacht unter den vier größten baden-württembergischen Städten, und das hat folgendes Ergebnis. Stuttgart ist jenseits der Vergleichbarkeit, die haben immer sehr gute Ergebnisse. Die haben sehr hohe Wirtschaftskraft, und insofern sind die vielleicht aus dem Rennen. Die haben ein positives Ergebnis von 323 Millionen erzielt, also ein hervorragendes, außerordentlich hervorragendes Ergebnis. Mannheim, die ähnlich stark sind wie wir, was die Wirtschaftskraft angeht, haben ein Plus von 124 Millionen erzielt. Freiburg, die eigentlich wirtschaftsmäßig schwächer sind, haben auch ein sehr gutes Ergebnis mit 61 Millionen erzielt, und wir haben ein Plus von 27,2 Millionen erzielt. Das ordentliche Ergebnis ist das Ergebnis, wenn ich die ordentlichen Erträge und die ordentlichen Aufwendungen gegenüberstelle, den laufenden Betrieb sozusagen. Wenn ich viele Aufwendungen habe, kann ich auch kein gutes Ergebnis erzielen. Das ist die Quintessenz.

Jetzt könnte man noch das Sonderergebnis mit einfließen lassen, haben wir auch gemacht. Es ergibt ein gleiches Bild oder ein ähnliches Bild. Auch hier Stuttgart mit 336 Millionen außerordentlich gut. Mannheim hat ein Plus von 78,6 Millionen, Freiburg von 72,1 Millionen, und wir haben ein Minus von 9,2.

Zusammenfassend ist festzuhalten, was den städtischen Haushalt angeht, haben wir die zweithöchste Verschuldung in Baden-Württemberg. Unter Einbeziehung der Unternehmen, die natürlich auch entsprechende Infrastrukturwerte darstellen, das ist unstrittig, aber unter Einbeziehung der städtischen Unternehmen haben wir die höchste Verschuldung in Baden-Württemberg. Was noch sehr viel bedenklicher ist, dass wir die siebthöchste Verschuldung bundesweit haben. Und unser Ergebnis ist aufgrund der hohen Aufwendungen und die vielen Themen, die wir letztendlich auch gleichzeitig bearbeiten und auf den Weg bringen und auch irgendwo abarbeiten müssen, mit der Gegenüberstellung der Einnahmen haben wir da ein Ergebnis, das einfach verbesserungswürdig ist. Und da stellt sich für mich die Frage, die geplante Neuverschuldung, die wir da anstreben, das heißt, eine Verdreifachung der Neuverschuldung im städtischen Haushalt, wie wir das dann überhaupt in Zukunft seriös dann finanzieren können, wenn wir diesen Weg tatsächlich gehen sollten.

Ich komme zu den weiteren Prüfungsbereichen, die wir geprüft haben und die alle in einzelnen Kapiteln im Schlussbericht dargestellt sind. Ich möchte hier insbesondere hervorheben, dass wir im Bereich der bautechnischen Prüfung Einsparungen in Höhe von 1,3 Millionen erzielt haben. Nicht zu unterschätzen ist hier auch die Prophylaxe-Wirkung, die sich durch die Vorlage von Vergabeschlussrechnungen und Nachträgen beim Rechnungsprüfungsamt ergibt. Die allgemeine Prüfung war sehr intensiv in Projektarbeiten, wie zum Beispiel Geschäftsprozessoptimierungen und Verbesserungsvorschlägen bei einzelnen Geschäftsprozessen und Abläufen, involviert. Ebenso bei der Neugründung des Eigenbetriebs TSK war sie sehr stark eingebunden. Und auch bei der Unternehmensprüfung haben wir entsprechende Vorschläge und Anregungen den Gesellschaften und den Unternehmen sowohl bei der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit als auch der Wirtschaftlichkeit gegeben.

Ich komme abschließend zu unserem Prüfungsergebnis für den Jahresabschluss. Unsere Prüfungsbestätigung für den Jahresabschluss 2022 bescheinigt dem Bürgermeisteramt, den Dienststellen, Betrieben und sonstigen Einrichtungen insgesamt eine recht- und ordnungsgemäße Abwicklung der Finanzvorfälle. Daher wird dem Gemeinderat empfohlen, den Jahresabschluss 2022 gemäß § 95b Abs. 1 Gemeindeordnung festzustellen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Bettendorf. Auch vielen Dank an Sie und Ihr ganzes Team für die Erstellung dieses entsprechenden Schlussberichts. Jetzt machen wir die Diskussion dazu.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Der Schlussbericht 2022 zeigt wieder deutlich, die Hauptarbeit des Rechnungsprüfungsamts ist eigentlich Prävention, also am besten Beratung, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. Und ein bisschen hilft eben auch, dass alle wissen, anschließend wird das Rechnungsprüfungsamt sich die Dinge ansehen. Wie immer ist fast alles richtig gemacht worden in der Verwaltung mit nur marginalen Beanstandungen. Das ist angesichts des Haushalts mit diesen Unmassen an Positionen doch ein Wahnsinn, dass relativ wenig falsch gemacht wird.

Nur eins ist uns aufgefallen, das ist, dass trotz Abmahnungen es immer noch passiert ist, dass gegen die Vergabeordnung verstoßen wurde. Das ist für uns der wesentliche Kritikpunkt dabei, dass immer noch Aufträge ohne Ausschreibung vergeben wurden, und da müsste wohl auch von oben noch mal genauer hingesehen werden, dass das nicht mehr passiert. In einigen anderen Einzelheiten behalten wir uns vor, auch noch mal nachzuhaaken, aber dann im Fachbereich, nicht coram publico.

Wir danken dem Rechnungsprüfungsamt für den Bericht und der gesamten Verwaltung für die gute Arbeit, denn da steckt die gesamte Verwaltung einschließlich aller städtischen Gesellschaften dahinter. Ein Ausblick in die Zukunft. Herr Bettendorf, Sie haben den Vergleich mit den anderen Städten gebracht. Das ist ganz schwer, das zu vergleichen, weil immer wieder eine Stadt irgendwas im Kernhaushalt, die andere ist aber in den städtischen Gesellschaften verbucht, und dann ist es schwierig, einzelne Dinge zu vergleichen. Zudem bei den städtischen Gesellschaften gibt es auch meistens gute Schulden, zum Beispiel bei der Volkswohnung, wo den Schulden eben dann das Vermögen in Form der Wohnungen gegenübersteht. Das kann man nicht vergleichen mit Schulden, die für konsumtive Maßnahmen gemacht wurden. Deshalb ist das schwierig. Aber klar ist, wenn man Karlsruhe alleine vergleicht, bis 2028 300 Prozent Schuldenstand, das ist doch eine ganze Menge, und das wäre eigentlich nicht zu verantworten. Die Verluste von Verkehrsbetrieben und Klinikum

haben 2022 mit 120 Millionen zu Buche geschlagen, prognostiziert für 2028 sind 170 Millionen Verlust. Das ist ein ganz großer Brocken, der uns doch sehr belastet. Uns hilft wenig, dass bei den Investitionen oft gar nicht alles abgearbeitet werden kann, weil das Personal verständlicherweise nicht alles schafft. Dadurch werden wir wahrscheinlich die Schulden nicht auf diese Höhe treiben, aber darauf können wir uns nicht ausruhen. Es ist klar, Schmalhans ist weiter angesagt. Auch der nächste Gemeinderat wird sich mit strukturellen Kürzungen befassen müssen.

Stadtrat Hofmann (CDU): Herr Bettendorf, vielen Dank für den sehr nüchternen Bericht, den wir hier zur Kenntnis nehmen mussten. Aber ich dachte am Anfang, es kommt vom Kollegen Honné noch ein bisschen mehr, weil er sagt, Beratung ist gut, aber ich habe dann im weiteren Vortrag eher ein bisschen Beratungsresistenz gesehen. Denn er ist nicht darauf eingegangen im Prinzip, was man angehen muss. Sie haben es uns eigentlich ganz klar aufgezeigt. Natürlich war das ein ordentliches Ergebnis, könnte man sagen, von plus 27 Millionen, das man noch als ordentlich oder als in Ordnung ansehen könnte. Aber wenn man es dann auch im Vergleich mit den anderen Städten sieht, ist es natürlich mit das schlechteste Ergebnis. Wobei der Kollege Honné und auch im Hauptausschuss schon der Herr Oberbürgermeister recht hat, wir haben natürlich ein Problem. Unser städtisches Klinikum im Vergleich mit den anderen Städten ist das einzige, das kein Universitätsklinikum ist. Von daher muss man da schon anders rechnen.

Aber nichtsdestotrotz, und das ist das, was man sich wirklich immer mal auf der Zunge zergehen lassen muss, wir haben die höchsten Gewerbesteuererinnahmen aller Zeiten. Sie haben gesagt ein Rekordwert, die höchsten Einnahmen aller Zeiten, und trotzdem geht unsere Verschuldung immer weiter in die Höhe. Und wie wir es schon immer wieder gesagt haben, in jeder Haushaltsrede haben wir es betont, wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem in dieser Stadt. Wenn wir dies nicht angehen, dann werden wir es auch definitiv nicht lösen. Wir werden hier auch irgendwann darüber reden müssen, von welchen Aufgaben wir uns vielleicht trennen müssen und nicht ständig noch was draufsatteln. Mittlerweile, Sie haben es auch schön aufgezeigt, allein im Personalkostenbereich liegen wir bei 500 Millionen. Und jetzt will ich nicht, denn da hat der Kollege auch recht, ich will nicht, dass die Beschäftigten noch mehr tun müssen, das geht überhaupt nicht. Wir werden eher reduzieren müssen in diesem Bereich. Aber das heißt auch, wir können nicht immer alles anbieten, und wir müssen dort auch Prioritäten setzen.

Eines kann ich Ihnen von unserer Seite aus wirklich versichern, die Neuverschuldung darf auf keinen Fall in diese Richtung weitergehen. Das muss man auch klar sagen. Wir brauchen noch eine stärkere Priorisierung. Wir haben auch einige Dinge angestoßen. Ich denke, unter dem Tagesordnungspunkt 15 geht es in die richtige Richtung. Die Standardisierung, gerade im Baukostenbereich, hier müssen wir ansetzen, aber auch in vielen anderen Dingen, und dann werden wir auch Leistungen nicht mehr erfüllen können. Ich habe es vorhin schon erwähnt, wenn wir ein neues Amt für Reinigungsdienstleistungen haben mit 10 Millionen jährlich, dann setzen wir wieder einen drauf. Und das können wir uns auf Dauer nicht leisten. Wir müssen irgendwo sehen, wo wir verschuldungsmäßig mittlerweile jetzt schon liegen. Und im Verhältnis zu den anderen baden-württembergischen Städten können wir nicht sagen, da hat uns Corona dahin gebracht, denn die anderen Städte sind im Vergleich gleich geblieben, sondern wir haben aufgesattelt, wir satteln weiter auf, und das muss ein Ende haben. Wir müssen auch hier die nächsten Schritte angehen, und wir sind bereit dazu.

Stadtrat Zeh (SPD): Spät ist der Schlussbericht 2022, verursacht natürlich durch die Haushaltsberatungen 2023 und die Belastung der Verwaltung. Das ordentliche Ergebnis ist mit plus 27,2 Millionen Euro besser als geplant mit minus 59,6 Millionen Euro. Es ist wieder eine Verbesserung gegenüber dem Plan um 86,8 Millionen Euro. Ursache sind höhere Steuereinnahmen und höhere Zuweisungen, aber es wurde genutzt, um beim Sonderergebnis außerordentliche Abschreibungen vorzunehmen, da das kommunale Eigenkapital aufgezehrt ist. Die Neue Messe, die Besitzerin der Messe-Halle wurde so um rund 32 Millionen Euro abgeschrieben, der Baden-Airpark um 5 Millionen Euro. Dadurch ist das Sonderergebnis nicht plus 1,5 Millionen Euro, sondern minus 36,5 Millionen Euro. Insgesamt kommen so die minus 9 Millionen Euro zusammen. Beides sind Gesellschaften, die keine Gewinne für die Substanzerhaltung machten. Leider gibt es hier keine Einschätzung des Rechnungsprüfungsamts im Bericht über die Sinnhaftigkeit solcher Beteiligungen. Die Gesellschafter arbeiten weiter und sind sicher wichtig für unsere regionale Wirtschaft. Auch andere Gesellschaften haben massive Probleme, Seite 64 führen Sie aus. Im Bereich des städtischen Klinikums führt die Stellung als Maximalversorger mit hohen Vorhaltungskosten ohne adäquate Gegenfinanzierung vom Land und Bund zu hohen Defiziten, 2022 rund 30 Millionen Euro, und diese steigen weiter. KVVH hat 90 Millionen Euro Verlust, trotz Gewinn der Stadtwerke, der früher zum Verlustausgleich ausreichte. Bei den Gesellschaften können wir nicht die Einnahmen wirklich bestimmen, einmal durch das Krankenhausfinanzierungsgesetz und Krankenkassen gedeckelt, einmal auch durch das Deutschlandticket. Diese Gelder fehlen massiv im Haushalt, beispielsweise für die Sanierung von Schulen. Hier sind die Aufsichtsräte und das Beteiligungsmanagement erheblich gefordert, die Defizite der wichtigen Institutionen der Daseinsvorsorge zu verringern. Seite 78 führen Sie aus, zur Volkswohnung und dessen Vorschlag, wo man durchaus mitgehen kann, statt die Gewinnausschüttung von 3,5 Millionen zugunsten der Stadt vorzunehmen, lieber KaWoF zu streichen. Ich bitte das Finanzdezernat, diesen Vorschlag des Rechnungsprüfungsamts wirklich auch zu prüfen. Diese Gesellschaften müssen tatsächlich deutlich unsere Beiträge verändern.

Ich danke Ihnen, Herr Bettendorf, für diese vielen Hinweise, die ich leider gar nicht alle ausführen kann, was ich noch auf meiner Liste hätte, und die SPD wird zustimmen.

Stadträtin Böringer (FDP): Zunächst gilt unser Dank Herrn Bettendorf und auch allen Mitwirkenden des Rechnungsprüfungsamtes, zunächst auch mal für diesen ganz präzisen und, ich nenne es mal aufschlussreichen Bericht. In dem schriftlichen Bericht, Herr Bettendorf, haben Sie die Probleme wie die hohe Arbeitsbelastung und auch die Stellenfluktuation und mangelnde Personalgewinnung angesprochen, und das ist auch der Grund, das haben Sie selbst gesagt, für die zeitliche Verzögerung des Berichtes und des Jahresabschlusses. Ihre Formulierung auch in dem Bericht, die finanziellen Spielräume der Stadt nehmen ab, sind uns immer wieder Warnungen. Und Spielraum ist in dem Fall auch ein Euphemismus für Handlungsfähigkeit. Diese Warnungen lesen wir nicht zum ersten Mal, Herr Bettendorf.

Eines muss jedenfalls uns klar sein, weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Unternehmen, sei es jetzt Handel, Gastronomie, Handwerk, dürfen weiter zur Kasse gebeten werden, auch nicht durch das, was Sie auch angesprochen haben, nämlich durch eine Reduktion des ordnungsgemäßen Standards. Aufgabenkritik und stringenter Abbau von Doppelstrukturen ist geboten.

Ein Punkt noch zur Digitalisierung, auch in Ihrem Bericht angesprochen, die geht in der Verwaltung zu schleppend voran. Die Probleme mit Komm.ONE sind immanent. Wir gehen an dieser Stelle davon aus, ich schaue einen bestimmten Bürgermeister an, der im dortigen Verwaltungsrat sitzt, dass er schon Lösungen parat hat.

Abschließend noch ein Wort, das haben Sie ganz deutlich gesagt, zur Pro-Kopf-Verschuldung in 2022. Noch vor zehn Jahren, Herr Oberbürgermeister, hätte die Stadt die Bürgerinnen und Bürger gebeten, jede und jeder möge 400 Euro überweisen, dann wäre man von Schulden frei gewesen. Jetzt ist es doch so, dass in Jahren sprudelnder Steuerannahmen es gelungen ist, die Verschuldung auf über 10.000 Euro pro Kopf zu erhöhen. Und hier, haben Sie selbst gesagt, ist Karlsruhe im Vergleich zu anderen Großstädten Spitzenreiter, leider. Und das ist doch ein herber Schlag gegen die Generationengerechtigkeit.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE): Zunächst muss ich feststellen, dass wieder einmal die Planung weitaus schlechter prognostiziert hat als das Ergebnis. Das ist auch mein letztes Mal, wo ich das sage, aber da will ich darauf hinweisen. Ich glaube, das war der vierte Bericht, den ich zur Kenntnis genommen habe, oder der fünfte, und es war immer so. Vielleicht müssen wir trotzdem nachdenken, wie wir unsere Planung gestalten.

Das Zweite, und ehrlich gesagt, da bin ich ein bisschen harsch, diese Verschuldung-pro-Kopf-Statistik, das halte ich für, also ehrlich gesagt, Harakiri. Die Statistik kann ich mir nicht erklären. Da fehlt völlig die Gegenüberstellung zum Vermögen und der Infrastruktur der Stadt Karlsruhe. Damit fängt es schon an. Mit der Statistik wird ein Eindruck erweckt, als wären wir hier in der desaströsten Stadt Deutschlands. Also wirklich, das ist der Eindruck, wir sind auf Platz 7, ist desaströs. Ich glaube, wenn wir die 100 Stadtkreise nehmen würden und ein Ranking machen würden, das gegen Infrastruktur, Lebensqualität und so weiter ranken würden, da würden wir sicherlich in dem Vergleich nicht auf Platz 7 landen. Ich glaube, da würden wir in einer positiven Art und Weise bei der Lebensqualität weit oben landen. Ich weiß, dass das in der Statistik vielleicht schwer fassbar ist, aber ich will nur sagen, dass der Eindruck an die Bevölkerung dadurch erweckt wird mit der Statistik.

Drittens, wenn dann gesagt wird, wir müssen jetzt an Ausgaben sparen, das ist eine Pauschalaussage, gerade von Fraktionen, die jetzt von nicht mal eineinhalb Stunden, sehr neutral gesagt, für die World Games 19,83 Millionen investiert haben, finde ich das eine absolut charmante Art und Weise. Ich finde, wenn wir darüber sprechen, dann sollten wir schon genaue Statistiken nehmen. Dann lasst uns doch die Personalquote oder die Aufwendung des Personals der Stadt Karlsruhe in Relation zu den Einwohnern nehmen und damit gerne gegenüber allen anderen Städten vergleichen. Dann können wir darüber sprechen, ob wir angeblich zu viel Personal hätten, obwohl wir gleichzeitig immer sagen, wir haben zu wenig Personal für die ganzen Aufgaben, die wir machen. Dann lasst uns doch die sozialen Ausgaben gegenüberstellen. Ich glaube, da schneiden wir gar nicht viel schlechter ab als viele andere Städte.

Unser Problem war doch, dass wir ganz viele große Infrastrukturprojekte gemacht haben. Da kann man jetzt darüber geteilter Meinung sein, ob wir die gebraucht haben oder nicht. Die haben wir in diesem Gremium so beschlossen, Staatstheater in Zukunft, Kombilösung, Stadthalle und so weiter, und da können wir mal die Investitionen aufnehmen, die auch einen Beitrag auf die Ergebnisrechnung machen. Dann können wir mal sehen, wie viele Millionen wir dafür ausgeben. Ich glaube, den Eindruck dann auch zu erwecken, pauschal, wir

geben immer zu viel aus, wir schmeißen das Geld aus dem Fenster, wir verteilen irgendwie Geschenke, das kann man einfach nicht so stehen lassen. Ich finde einfach, wenn wir darüber diskutieren, dann sollten wir überlegen, ob wir auch den Privathaushalt mit einem öffentlichen Haushalt vergleichen. Das hat überhaupt nichts damit zu tun. Wir sind nicht die schwäbische Hausfrau. Die Stadt Karlsruhe ist nicht die schwäbische Hausfrau. Wer das in einem Bundesland schon macht oder in Deutschland macht, wirklich mit Volkswirtschaft hat es nichts zu tun. Deshalb, ich will einfach nur sagen, diese Schuldenstatistik, wir nehmen sie zur Kenntnis, ist ein Auftrag davon, die Ergebnisse zu optimieren, aber ich glaube nicht, dass viele Ausgaben desaströs waren in den vergangenen Jahren.

Stadträtin Lorenz (FW/FÜR): Lieber Herr Bettendorf, vielen Dank für Ihren Bericht, den Sie wie immer sehr sachlich, aber auch mahnend vorgetragen haben. Da würde ich mir manchmal wünschen, Sie wären ein bisschen forscher, weil ich glaube, Ihre mahnenden Worte sind nicht bei allen so richtig angekommen. Ihr Kollege Dollinger, der ist ein bisschen saftiger in der Ausdrucksweise, wenn er uns den Haushalt präsentiert. Und das, was der Kollege Arslan gerade gesagt hat, kann ich aus seiner Sicht nachvollziehen. Jetzt muss man aber wissen, wenn man natürlich so einen Haushalt macht, und man ist schon ein einigermaßen cleveres Kerlchen, wofür ich den Herrn Dollinger halte, er soll mir das nicht krumm nehmen, den Ausdruck Kerlchen, nicht despektierlich, ganz im Gegenteil, ich schätze ihn sehr wert, dass er zunächst mal den Haushalt so gestaltet, dass er sagt, Bremse, Bremse, Bremse, weil ich weiß, dann kommt der Gemeinderat und sattelt mit seinen 428 Anträgen noch ein Sümmchen irgendwo zwischen 7 und 15 Millionen drauf, und die plane ich schon mal ein, unterstelle ich jetzt mal. Zumindest ist es in vielen großen Wirtschaftsbetrieben so. Das weiß jeder, der damit draußen schon mal zu tun gehabt hat.

Man kann es nicht schönreden, und die Tendenz muss ganz eindeutig in eine andere Richtung gehen, also knapp 3,2 Milliarden Schulden, auch wenn der Herr Arslan das so ein bisschen verharmlost, das ist schon erschreckend. Wenn man sich den Zinsverlauf anschaut, wenn wir jetzt davon ausgehen, Sie haben gesagt, Sie gehen davon aus, dass die Zinsen wieder sinken, kann sein, kann auch sein, dass sie bis 2028 auch noch mal wieder steigen. Das ist eine ganz einfache Rechnung. Wenn die Zinsen nur um 1 Prozent steigen, dann reden wir von 32 Millionen jährlich, und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das bedeutet, wir nehmen das Geld vom Bürger und geben es von unten nach oben an die, Klammer auf, reichen, Klammer zu, Banken, Herr Arslan. Das ist eine Art von, Klammer auf, Sozial-, Klammer zu, Politik, die wir nicht mittragen. Vorhin hatten wir es von den World Games, die wir in Karlsruhe gerne hätten, bei den Kommunal-Games oder Municipal-Games der Finanzen haben wir schon einen Spitzenplatz, allerdings von hinten rein. Wir streben an, dass das deutlich besser werden muss.

Nochmals vielen Dank für Ihre mahnenden Worte, und von unserer Seite aus dürfen Sie gerne noch deutlicher den Zeigefinger heben. Wir stimmen Ihrem Bericht gerne zu.

Stadtrat Schnell (AfD): Dem Dank an das Rechnungsprüfungsamt möchte ich mich anschließen. Statt mit einem Defizit von, wie geplant, 60 Millionen, haben wir mit einem Überschuss vom ordentlichen Ergebnis von 27 Millionen 2022 abgeschlossen. Das klingt erst mal danach, als könnten wir uns auf die Schulter klopfen, alles wäre in bester Ordnung. Dem ist nicht so. Unsere Aufwendungen stiegen um fast 130 Millionen, und die gegenüber dem Ansatz erzielte Verbesserung von im Saldo knapp 87 Millionen ist insbesondere auf ein Plus bei Steuern und Abgaben, Umlagen und Bußgeldern, somit

Mehrbelastungen der Bürger zurückzuführen. Auch die erhöhten Zuweisungen des Landes basieren letztendlich auf Steuern und Abgaben, die Bürger und Unternehmen abzuführen hatten. Unter dem Strich haben wir also dieses positive Ergebnis auf deren Kosten produziert.

Wenn wir über eine gesamte Dekade bilanzieren, so hat sich der Schuldenstand der Stadt und ihrer Beteiligung, es wurde genannt, auf inzwischen deutlich über 3 Milliarden verdreifacht. Karlsruhe ist jetzt Platz 7 der am meisten verschuldeten Städte in Deutschland. In Baden-Württemberg ist Karlsruhe sogar Spitze. Es wäre jetzt einfach und populistisch, auf den Oberbürgermeister zu zeigen und das mit dem altbekannten Spruch, dass sich eher ein Hund einen Wurstvorrat zulegt und so weiter, Sie kennen das, aber das trifft nicht den Kern dieser Entwicklung. Vielmehr ist hier die Mehrheit dieses Gemeinderates da drüben auf der linken Seite in mehr als zehn Jahren in die Verantwortung zu nehmen, aber auch die anderen Parteien haben hier nicht wirklich versucht gegenzusteuern. Von Ihnen kamen keine substantziellen Einsparvorschläge, und die der AfD haben Sie alle miteinander abgelehnt.

Dass es auch anders geht, meine Damen und Herren, zeigt die Stadt Basel. Sie hat in den letzten zehn Jahren einen Überschuss von 3 Milliarden Schweizer Franken angehäuft. Der Überschuss aus dem letzten Jahr soll dort an die Einwohner ausgeschüttet werden, die sich jetzt auf 1.880 Schweizer Franken pro Kopf freuen dürfen, aber in Basel wird auch nicht die Wirtschaft durch steigende Abgaben vergrätzt. Sie wissen, Bechtle ist nach Ettlingen, Michelin hat den Laden hier zugemacht oder macht den Laden hier zu. Bei uns dagegen, um es in Habeckscher Diktion zu sagen, der Wirtschaft geht es gut, nur die Zahlen sind schlecht. Wir stimmen dem Bericht natürlich zu.

Stadträtin Fenrich (pl.): Herr Kollege Hofmann von der CDU, bei Ihrem Redebeitrag hatte ich das Gefühl, im falschen Film zu sitzen. Sie begeistern sich für sehr vieles, und darüber hinaus vernehme ich, dass wir frisch-fröhlich über höhere Steuereinnahmen jubeln. Kolleginnen und Kollegen, Steuern sind das Geld der Karlsruher Bürger und Bürgerinnen. Ich stelle für die geneigte Öffentlichkeit hier oben folgende Frage. Gehe ich recht in der Annahme, Herr Oberbürgermeister, dass der TOP Jahresabschluss 2022 mit Kalkül, also absichtlich, nach dem TOP World Games auf der Tagesordnung erscheint? Ich weiß, diese rhetorische Frage ist sarkastisch, aber sie ist mit voller Absicht so gestellt. Ich danke Ihnen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Manche Dinge lassen sich fast nicht kommentieren, weil sie so unterirdisch sind. Ich meine, wir alle haben die Tagesordnung im Auge gehabt und haben auch nicht vergessen, dass der jetzige Tagesordnungspunkt zur Debatte stehen wird. Das ist wirklich mehr als abwegig. Aber was im Ernst der Situation zu bedenken ist, ist sicherlich, dass wir unsere Situation einerseits nicht schlechtreden dürfen. Das ist unverantwortlich, wie von mancher Seite aus unser Wirtschaftsstandort abgewertet und in Misskredit gebracht wird. Das können wir so nicht stehenlassen. Auf der anderen Seite, über das Ergebnis dürfen wir uns auch nicht hinwegtäuschen lassen, auch nicht, Herr Kollege, indem wir einfach so tun, als wenn die sehr saubere und spitz gerechnete Abrechnung ein Fake wäre, die wir übergehen können und nicht ernst zu nehmen haben und einfach so tun, als könnten wir gerade zur Tagesordnung übergehen. Mit Ihrer Redeweise verstehe ich immer mehr, wie manche Ihrer arglosen Anträge dann nachher abgewickelt werden sollten. Gott sei Dank haben Sie nicht für alles eine Mehrheit, das wäre katastrophal, weil Sie mit Verantwortung nicht einschätzen können, wie es um diesen Haushalt bestellt ist.

Und natürlich ist es völlig richtig, dass man diesen Haushalt nicht nur nach den richtig und zweifelsfrei errechneten Zahlen zu bewerten hat, sondern dass man gegenüberstellen muss, was an Werten in dieser Stadt geschaffen ist, die wir heute dringend auch ausnützen dürfen und müssen. Ich denke jetzt zum Beispiel an die Kombilösung. Ich denke natürlich auch an das Klinikum, das uns sehr viel wert ist, aber eben auch teuer. Das sind alles Dinge, die wir bewerten müssen, aber wir können doch nicht einfach sagen, weil wir in dieser Lage sind, dürfen wir die Zahlen einfach nicht ernst nehmen. Das ist unverantwortlich. Das weisen wir also wirklich energisch zurück. So kann man nicht mit unserer Entwicklung umgehen. Wenn Sie nicht mehr in die Vorschlagsliste einstellen, als zu sagen, die Zahlen sind nicht so ganz ernst zu nehmen und nicht wirklich in eine ehrliche Aufgabenkritik hineingehen mit uns, dann sehe ich eigentlich von Ihrer Seite keine Hoffnung, dass es besser wird.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE): Da ich zumindest es auf mich bezogen habe, wollte ich noch mal feststellen, dass ich nicht gesagt habe, das sind Fakeness-Zahlen, sondern gesagt habe, sie zeichnen aus meinen Augen kein vollständiges Bild. Das ist vielleicht ein bisschen etwas anderes, Herr Kollege Pfannkuch.

Zweitens, wenn Sie sagen, dass wir in die Aufgabenkritik einsteigen müssen, hatten Sie im letzten Haushalt Zeit. Ich gucke auf Ihre Anträge drauf, da sind ungefähr 40 Millionen Ausgabenkürzungen, die die CDU sicherlich hätte beantragen können, aber dann gerne auch mal konkret sagen, bei welcher Kita, bei welchem Straßenprojekt, bei welchem Investitionsprojekt Sie alles streichen wollen. Also da sehe ich eine Diskrepanz zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was Sie tun.

Und im dritten Statement, weil hier gesagt wurde, hier Steuern, das ist das hart erarbeitete Geld der Bürgerinnen und Bürger, das wir aus den Taschen ziehen. Also wenn Sie so über Steuern reden, dann habe ich echt ein bisschen Sorge. Nein, das haben Sie nicht gesagt, Herr Pfannkuch, Entschuldigung, das wollte ich klarstellen, das war ein zweiter Punkt, das von anderen Redebeiträgen. Das ist kein Ding, was wir den Bürgern aus den Taschen ziehen und irgendwie in unsere eigenen Taschen reinstecken oder sonst was. Das stecken wir in die Infrastruktur dieser Stadt, die erst mal ermöglicht, dass wir hier Wirtschaftsunternehmen haben, dass wir hier soziale Infrastrukturen haben. Das ist das Fundament der Gesellschaft. Ohne Steuern würden wir alle im Wald leben und wären ein anarchistischer Staat, weil jeder das Geld für sich selbst benutzt. Das ist nun mal so. Ohne Steuern geht hier gar nichts, und wir können jetzt aufhören und nach Hause gehen, weil es gäbe auch keinen Gemeinderat, und es gäbe keine Stadt Karlsruhe.

Stadtrat Schnell (AfD): Ich wollte nur eine Kleinigkeit ergänzen. Die U-Strab können wir nicht einfach so einbeziehen und sagen, da haben wir jetzt eine ganz tolle Infrastruktur gebaut, sondern wir zahlen jedes Jahr 30 Millionen und mehr dafür, dass wir das Ding mit unseren Straßen und Stadtbahnen benutzen dürfen. Also man kann nicht einfach sagen, die Schulden, da können wir dieses und jenes und selbes an Infrastruktur gegenüberstellen, und damit ist alles gut. So einfach ist es leider nicht.

Erste Bürgermeisterin Luczak-Schwarz: Ich möchte gerne auf drei, vier Punkte eingehen.

Herr Honné, es gibt keine guten oder schlechten Schulden, aber es gibt natürlich die Möglichkeit, ich kann mir Schulden leisten, wenn ich in der Lage bin, Zins und Tilgung zu erwirtschaften. Das haben Sie wahrscheinlich mit guten Schulden gemeint. Jetzt haben wir leider nur ganz wenige Gesellschaften und auch die Stadt, die in der Lage ist, Zins und Tilgung so zu erwirtschaften, dass wir uns höhere Schulden leisten können, das ist eines unserer Grundprobleme, warum uns das RP auch in den Fokus genommen hat.

Herr Arslan, die Aussage, ihr habt schlechter geplant und jetzt ist wieder besser geworden, hat mich jetzt schon ein bisschen verletzt, weil wir haben Ihnen in der Haushaltssicherungs- und in der Strukturkommission stets dargestellt, dass das Regierungspräsidium uns die Auflage gegeben hat, im Haushaltsvollzug das negative Ergebnis X zu senken, also mindestens auf eine schwarze Null, wenn nicht sogar zu verbessern, das heißt, keine neuen Aufgaben. Sie kennen den berühmten Satz, ein Mehr bedeutet ein Weniger an anderer Stelle. Damit haben wir die Dezernate, die Ämter wirklich zur Verzweiflung getrieben, und ich habe auch im Hauptausschuss gesagt, dass ich sehr dankbar bin, dass sich die Kolleginnen und Kollegen diesen Regeln auch sehr angenommen haben, damit wir überhaupt dieses Ergebnis erreichen konnten. Zweitens sind wir auch aufgrund der Auflagen verpflichtet, Mehreinnahmen zur Senkung des Defizits zu verwenden. Und dann uns vorzuwerfen, ihr habt schlechter geplant, um besser rauszukommen, also ihr habt uns da an der Nase herumgeführt, das finde ich jetzt schon einen ziemlich starken Tobak, auch vor dem Hintergrund, dass die Kolleginnen und Kollegen sich wirklich sehr diszipliniert während des Jahresprogramms, des Abarbeitungsprozesses verhalten haben.

Die Verschuldungsentwicklung, die Herr Bettendorf aufgezeigt hat, da bin ich noch mal dankbar, wir haben es auch in der Haushaltsrede, in den letzten zwei Haushaltsreden noch mal deutlich gemacht, das ist doch genau der Grund, warum das Regierungspräsidium uns im Fokus hat. Sie sagen, wenn ihr weiterhin diesen hohen Invest entwickeln wollt in unsere Infrastruktur, müsst ihr im Ergebnishaushalt einen Überschuss erwirtschaften. Ansonsten kommt ihr in eine Verschuldungsquote, die die Handlungsfähigkeit der Stadt Karlsruhe gefährdet. Das sind genau die Rahmenbedingungen, an denen wir uns hier orientieren, um die Stadt weiterhin mit allen ihren Aufgaben in jedem Bereich mit ihrer Infrastruktur lebenswert für unsere Bürgerinnen und Bürger zu machen. Ich würde nicht sagen, schwäbische Hausfrau darf man nicht zugrunde legen. Wir sind hier kaufmännisch orientiert aufgestellt. Jeder Unternehmer würde einen solchen Ansatz verfolgen, weil er die Verantwortung für das Unternehmen und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat. Und genau so sehen wir auch als Finanzdezernat unsere Verantwortung mit den Kolleginnen und Kollegen hier auf der Bürgermeisterbank, mit dem OB an der Spitze, für die Gesamtstadt und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns der Stadt Karlsruhe.

Der Vorsitzende: Lassen Sie mich auch noch zwei, drei Sachen ergänzen. Ich glaube, der Anstieg der Verschuldung im Kernhaushalt, wie ihn Herr Bettendorf dargestellt hat, ist das Signal, dass es mit der Art und Weise, wie ich das seit dem Amtsantritt kenne, aber ich glaube, es war vorher auch nicht anders, wir haben in jedem Haushalt immer 200, 250 Millionen Euro Kreditaufnahme eingeplant. Wir haben es nur in den ersten Jahren nie gebraucht. Jetzt kommen wir zum ersten Mal in ein Haushaltsergebnis rein, wo es einen nennenswerten Sprung bei der Neuverschuldung des Kernhaushaltes gegeben hat. Und das zeigt noch mal, dass wir nicht mehr davon ausgehen können, dass die Haushaltsbewirtschaftung und eventuelle Zusatzeinnahmen, die nicht vorhersehbar sind, immer so gut sind, dass wir am Ende ohne diese geplante Neuverschuldung auskommen.

Deswegen hat uns das Regierungspräsidium nicht nur eine Grenze bei 200 Millionen einge-zogen, sondern wir müssen dauerhaft dafür sorgen, dass wir die auch gar nicht brauchen, denn da bin ich völlig bei Ihnen, Herr Bettendorf, steigt die Verschuldung im Kernhaushalt auf eine Größenordnung an, die uns von der Tilgung, vor allem aber auch von der Zinsbe-lastung im Ergebnishaushalt und in allem wieder so die Luft abschnürt, dass es sich am Ende eher rächt, als dass uns die rechtzeitige Investition nutzt. Denn das ist immer das, was man so ein bisschen abwägen muss.

Schauen wir uns die städtischen Gesellschaften an, sind alle Ihre Zahlen richtig, Herr Bet-tendorf, aber ich würde auch gerne noch einmal einladen, dass wir das vielleicht im Haupt-ausschuss noch einmal auseinandersetzen. In diesen 3 Milliarden Schulden sind nicht nur die Schulden aus dem Kernhaushalt, sondern da sind zum Beispiel mehrere hundert Millio-nen für die Kombilösung drin. Da kann man jetzt darüber streiten, ob das jetzt ein Fehler war oder nicht. Es ist sicherlich nichts, was über Einnahmen rentierlich ist. Es ist aber etwas, was über die Sicherung der Infrastruktur und die Stadtentwicklung trotzdem einen positi-ven Beitrag leistet. In diesen 3 Milliarden sind mehrere hundert Millionen der AVG drin. Trotzdem erwirtschaftet die AVG insgesamt Überschüsse, weil es uns nämlich gelungen ist, über die Verkehrsverträge mit dem Land alle die Belastungen, die die vom Land bestellten Leistungen betreffen, einfach weiterzureichen. Das macht uns im Moment an keiner Stelle irgendeinen Euro zusätzliche Kosten. Und da ist mir es lieber, die AVG hat es in der Zeit der Niedrigzinsen massiv investiert, als sie es heute tun würde. Heute könnte sie es schlichtweg nicht mehr, weil sie dann nämlich das bilanziell überhaupt nicht mehr darstellen könnte. Es sind auch einige hundert Millionen der VBK drin. Da ist es zu dem damaligen Zeitpunkt auch wieder günstig, weil es langfristige günstige Zinsen gibt und weil wir sonst die Quali-tät im ÖPNV auch nicht hätten aufrechterhalten können.

Die Tilgung und falls man da in eine neue Bewertung rein muss, sind natürlich durchaus ein Problem. Da sind aber auch zum Beispiel die wahrscheinlich etwa 100, 120 Millionen drin, die wir in die Investition in das Haus M und der umliegenden Infrastruktur in das Klini-kum gesteckt haben. Und diese Investition ist deswegen sinnvoll, weil wir damit eigentlich den Klinikumsbetrieb dauerhaft wesentlich günstiger machen können. Jetzt hat es uns lei-der, wie übrigens allen Kliniken in Baden-Württemberg, Corona und auch die Schlechter-stellung des Landes Baden-Württemberg bei der Abrechnung über die Krankenkassen der Fallpauschale im Grunde an der Stelle leider versagt, dass wir aus dieser besseren Bewirt-schaftung heraus mehr Erträge ziehen können. Das heißt, wir stehen ähnlich schlecht da wie die Krankenhäuser in Baden-Württemberg, die diese Strukturverbesserung noch nicht vollzogen haben, und das wächst bei uns jetzt auf nennenswerte Beträge an und macht uns an der Stelle wiederum bei der Verschuldung in einem anderen Bereich Probleme. Und so müssen wir das mal alles angucken.

Und wenn Sie das mit den anderen Städten vergleichen, und da bin ich eben nicht ganz Ih-rer Meinung, wir müssen uns an der Stelle genau angucken, welche Stadt hat was, und da werden Sie feststellen, dass wir so ziemlich von allen Infrastrukturprojekten belastet sind und viele der Vergleichsstädte teilweise eben nicht. Und deswegen wirklich mein Vor-schlag, dass wir uns mal diese 3 Milliarden noch mal genau aufteilen, was ist Kernhaushalt, was ist AVG, was ist Volkswohnung und, und, und, wem stehen Vermögenswerte gegen-über, wem stehen Verträge gegenüber, die im Grunde auch ein Stück weit dafür sorgen, dass wir dadurch keine zusätzliche Belastung haben, und wo ist es nicht. Ich glaube, das

lohnt sich an der Stelle mal. Deswegen sehe ich die 3 Milliarden teilweise auch eher als sehr positives Ergebnis einer vernünftigen Investitionspolitik zu einem Zeitpunkt, wo man die Kreditlinien, auch lange Kreditlinien, fast zum Nulltarif bekommen hat, und das haben viele andere Städte nicht machen können. Insofern stehen Sie an der Stelle zum Beispiel besser da. Ich kenne die genaue Zahl nicht, aber etwa das Mannheimer Klinikum hat, glaube ich, noch einen Investitionsstau von 800 Millionen. Sie haben das jetzt relativ geschickt gelöst, indem das Land zu 70 Prozent einsteigt, aber dennoch haben wir eben nicht so einen Investitionsstau. Es belastet uns aber jetzt hinten raus bei den Investitionen, die wir getätigt haben.

Also von daher bitte etwas differenziert, und das gucken wir uns gerne noch mal an. Der Grundappell, Herr Bettendorf, da bin ich Ihnen sehr dankbar und es ist auch, glaube ich, angekommen, man kann nicht davon ausgehen, dass man hier munter Schulden in den Haushalt reinnimmt und immer davon ausgeht, dass wir sie am Ende doch nicht aufnehmen müssen. Die Zeiten sind vorbei, und deswegen müssen wir schon vorne beginnen zu versuchen, weniger überhaupt einzuplanen. Aber wenn man alleine hört, dass die Verkehrsbetriebe und auch das Klinikum uns mit 120 oder 170 Millionen belasten, dann können Sie sich ja schon mal vorstellen, wie viel günstiger wir dastünden, wenn wir diese 120 oder 170 Millionen hätten, nachdem unsere Kreditaufnahme sowieso bei 200 Millionen begrenzt ist und wir die ja auch wirklich am Ende auch nie aufnehmen werden, auch wenn wir näher an diese Grenze rankommen.

Jetzt kommen wir zu den Beschlüssen. Bevor wir aber zu den Beschlüssen kommen, wir haben es heute nicht nur mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zu tun, für den Ihnen, Herr Bettendorf und Ihrem Team, schon heftig gedankt wurde, sondern wir haben es vor allem auch mit dem Jahresabschluss der Kämmerei zu tun und damit mit dem Jahresabschluss aber auch aller städtischen Dienststellen und der städtischen Gesellschaften, und dafür möchte ich auch noch mal abschließend sehr danken. Und wie wenig Beanstandungen es gibt, darauf ist schon hingewiesen worden, das finde ich auch wieder sensationell. Von daher auch noch mal vielen Dank an die Kämmerei, Dezernat 4, aber auch alle, die zugeliefert haben und damit ein wirklich umfassendes Zahlenwerk erstellen konnten.

Damit kommen wir jetzt zur Abarbeitung der verschiedenen Beschlüsse. Sie stimmen dem Feststellungsbeschluss und dem Jahresabschluss zu. Da müssen wir jetzt abstimmen, und zwar ab jetzt. – Gut, das ist Einstimmigkeit. Zumindest da herrscht Einigkeit, dass das Zahlenwerk stimmt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
15. Mai 2024